

Bayern

Kurzportrait			
Größe:	70 548 km ²		
Landesregierung:	1990–1994: CSU · 1994–1998: CSU · 1998–2003: CSU · 2003–2008: CSU		
	1998	2001	2004
Einwohner:	12,066 Mio.	12,230 Mio.	12,423 Mio.
Einwohnerdichte:	171 je km ²	173 je km ²	176 je km ²
Registrierte Arbeitslosigkeit:	8,1 Prozent	6,0 Prozent	7,9 Prozent
Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit:	9,0 Prozent	6,8 Prozent	8,4 Prozent
BIP-pro-Kopf:	27 100 Euro	29 400 Euro	31 000 Euro
Wirtschaftswachstum:	3,6 Prozent	0,9 Prozent	1,9 Prozent

Platzierung im Ranking 2005

Erfolgsindex: Platz 2

+/- 0

Aktivitätsindex: Platz 2

+/- 0

Die Ergebnisse im Überblick

- Im Erfolgsindex liegt Bayern fast gleichauf mit Hamburg an der Spitze.
- Stärken sind die überdurchschnittliche Wachstumsdynamik, eine relativ niedrige Arbeitslosenquote, die höchste Erwerbstätigenquote eines Flächenlandes und die stabilste Sicherheitslage aller Länder.
- Viele Faktoren tragen zum Erfolg bei: Die solide Finanzpolitik stärkt das Vertrauen in den Standort Bayern und schafft Freiräume für Investitionen. Solche investiven Ausgaben, beispielsweise in die Verkehrsinfrastruktur und die Forschungslandschaft, lassen gemeinsam mit Technologiefreundlichkeit und seit jeher gepflegten Netzwerken wachstumsstarke Cluster im Freistaat besonders gut gedeihen. Die bayerische Politik ist langfristig angelegt und schöpft Erfolgspotenziale zu einem großen Teil aus. Auch der Freistaat spürt jedoch die Grenzen der bundesdeutschen föderalen Ordnung, welche die Handlungsparameter der Länder einschränkt.

Die Ergebnisse im Einzelnen

	Ranking 2003 1999–2001	Ranking 2005 2002–2004	Veränderung
Erfolgs- index	Platz 2 (7,90)	Platz 2 (7,55)	
Zielgrößenbereiche			
Einkommen	Platz 3 (7,17)	Platz 2 (6,52)	
Beschäftigung	Platz 2 (8,10)	Platz 3 (7,96)	
Sicherheit	Platz 1 (10,00)	Platz 1 (10,00)	

	Ranking 2003 1999–2001	Ranking 2005 2001–2003	Veränderung
Aktivitäts- index	Platz 2 (6,94)	Platz 2 (6,85)	
Aktivitätsbereiche			
Einkommen	Platz 1 (6,65)	Platz 1 (6,51)	
Beschäftigung	Platz 2 (7,29)	Platz 2 (7,25)	
Sicherheit	Platz 2 (6,72)	Platz 2 (6,63)	

Ausgangssituation

Bayern – Erfolgsmodell für andere? Die Erfolgslanz des Freistaates ist beeindruckend: Bis in die 60er Jahre hinein war Bayern noch das rückständige Agrarland mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit, das auf Transfers der übrigen Bundesländer angewiesen war. Seitdem entwickelte sich der Freistaat zu einem der wirtschaftlich leistungsstärksten und zum insgesamt erfolgreichsten deutschen Flächenland: Im Erfolgsindex konnte Bayern den Rückstand zum Spitzenreiter Hamburg seit der Wiedervereinigung von Beobachtungszeitraum zu Beobachtungszeitraum verringern.

Im aktuellen Zeitraum 2002–2004 liegt der Freistaat nun fast gleichauf mit der Hansestadt an der Spitze der Bundesländer. Bayerns Vorsprung zum Drittplatzierten, dem zweitbesten Flächenland Baden-Württemberg, erreicht den höchsten Punktwert seit der Wiedervereinigung.

Bayerns Erfolg in den drei untersuchten Bereichen – »Einkommen«, »Beschäftigung« und »Sicherheit« – ist auch das Resultat besonderer politischer Bemühungen: Im Aktivitätsindex belegt Bayern mit 6,85 Punkten weiterhin den 2. Platz hinter Baden-Württemberg. Was hat Bayern – vor diesem Hintergrund – den übrigen Ländern voraus, wo stößt auch bayerische Politik an ihre Grenzen?

Erfolgsmodell Bayern?

Fast gleichauf mit Hamburg an der Spitze

Zweiter Platz im Aktivitätsindex

Einkommen

Im Zielgrößenbereich »Einkommen« belegt der Freistaat mit 6,52 Punkten den 2. Rang. Dabei profitiert Bayern von seiner seit langem überdurchschnittlichen Wachstumsdynamik. Seit 1996 übertraf der Freistaat in jedem Jahr die bundesdeutsche Wachstumsrate, und dies bei einer bereits erreich-

Überdurchschnittliche Wachstumsdynamik

ten vergleichsweise hohen Wirtschaftskraft: Das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner ist mit durchschnittlich 30 300 Euro im aktuellen Beobachtungszeitraum das vierthöchste. Die beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen liegen deutlich vor den übrigen Ländern, und auch Hessen mit der Banken- und Dienstleistungsmetropole Frankfurt schneidet etwas besser als der Freistaat ab.

Wenige altindustrielle
Strukturen

In einigen Leitlinien wird nachfolgend Bayerns Weg an die Spitze skizziert. Günstige Umstände trugen mit zum weiß-blauen Wirtschaftswunder bei: Nach dem Zweiten Weltkrieg waren zwischen Rhön und Alpen nur wenige altindustrielle Strukturen vorhanden, die wie in Nordrhein-Westfalen oder dem Saarland das Entstehen moderner Wirtschaftsstrukturen hätten bremsen können. Zudem suchten zahlreiche Unternehmen, die bis zum Krieg im Osten oder der Mitte Deutschlands beheimatet waren, einen neuen Standort. Das Verdienst der bayerischen Staatsregierungen seit dem Kriege ist es, die sich bietenden Chancen beim Schopfe gepackt zu haben: Siemens verlegte seinen Hauptsitz eben nicht etwa nach Hannover, sondern nach München, denn seit jeher bemühten sich bayerische Landespolitiker in besonderem Maße um ein wirtschafts- und innovationsfreundliches Klima.

Pflege von Netzwerken

Eine spezifische Stärke der bayerischen Landespolitik war und ist das Pflegen von Netzwerken. So machten Landespolitiker im direkten Kontakt Unternehmer auf Standorte in Bayern aufmerksam, gleichzeitig teilten Manager bayerischen Politikern ihre Wünsche mit, und am Ende errichtete wieder ein Unternehmen seinen Standort zwischen Rhön und Alpen. Die bayerische Politik verstand es auch, Wirtschaftsunternehmen untereinander und mit der Wissenschaft zu vernetzen. Clusterbildung wurde in Bayern früher als in anderen Ländern als Erfolgsrezept erkannt und wird heutzutage mit besonderer Entschlossenheit verfolgt.

Technologie-
freundlichkeit und
Clusterbildung

Eine weitere Leitlinie bayerischer Politik ist die Aufgeschlossenheit gegenüber neuen und kontrovers diskutierten Technologien, die gemeinsam mit der Netzwerkstrategie ihre volle positive Wirkung entfalten konnte. Den bayerischen Staatsregierungen gelang es immer wieder, die ersten Keimzellen sich bald dynamisch entwickelnder Technologien und Branchen ins Land zu holen. Ausgehend von diesen Kristallisationspunkten entwickelten sich häufig leistungsstarke Cluster mit großer Wachstumskraft. Beispiele sind die Kernenergie, Rüstungsbetriebe, Luft- und Raumfahrttechnik, Mikroelektronik, Informationstechnologie und Biotechnologie.

Forschungsreaktor
Garching

In den 50er Jahren realisierte der letzte SPD-Ministerpräsident Bayerns den ersten Atomreaktor auf deutschem Boden – in Garching bei München – und schuf so die Keimzelle eines innovationsstarken Clusters. 2004 wurde in Garching der Forschungsreaktor FRM II eröffnet, der von einem Forschungscuster umgeben ist. Der FRM II ist ein aktuelles Beispiel für das Bemühen der bayerischen Staatsregierung, Forschungsfelder und wirtschaftliche Anwendungen zu vernetzen. Auf zukunftsorientierte Technologiefelder

wie die Herstellung von Computerchips, neuen Werkstoffen und Radiopharmaka übt der neue Reaktor eine anziehende Wirkung aus.

Franz Josef Strauß brachte Rüstungsunternehmen und mit ihnen Betriebe der Luft- und Raumfahrttechnik nach Bayern. Das Erbe sind über 100 Firmen der Branche, die Panzer, Kampfflugzeuge sowie Funk- und Radarsysteme produzieren. Die Wurzel von EADS in und um München ist die Firma Bölkow, die sich Ende der 50er Jahre an der Isar niederließ und das erste bedeutende Unternehmen der zivilen und militärischen Luftfahrt in der Region war. Auch in und um München werden Vorarbeiten für den Airbus A380 getätigt, und anknüpfend an bestehende Stärken des Luft- und Raumfahrtstandortes wird das Satelliten-Navigationssystem »Galileo« nun in der bayerischen Landeshauptstadt entwickelt.

Rüstungsbetriebe, Luft- und Raumfahrttechnik

In den vergangenen zehn Jahren standen der bayerischen Staatsregierung unter Edmund Stoiber Privatisierungserlöse in Höhe von ca. fünf Mrd. Euro zur Verfügung. Diese flossen zu einem erheblichen Teil in die »High-Tech-Offensive« des Freistaates, mit der Grundlagen für Wirtschafts- und Innovations-tätigkeit gelegt wurden. Vor allem die IT-Branche entwickelte sich dynamisch und profitierte davon, an bestehende Strukturen anknüpfen zu können. Dabei wirkte sich besonders die Nähe zum Branchenriesen Siemens positiv aus.

Privatisierungserlöse, High-Tech-Offensive

In den vergangenen Jahren schuf der Freistaat bei München die Infrastruktur für einen Biotechnologie-Cluster, der in Deutschland eine Spitzenstellung einnimmt. Investitionen in ein Innovations- und Gründerzentrum Biotechnologie (IZB), eine starke einschlägige Forschungsinfrastruktur, die enge Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft und die gezielte Ansiedlung erster erfolgreicher Biotech- und Pharmafirmen machten Martinsried bei München attraktiv für Forscher und weitere Betriebe der Branche. Auch wenn es in der Vergangenheit gewisse Rückschläge etwa bei Biotechnologie und Informationstechnologie gegeben hat: Junge Branchen entwickeln sich naturgemäß sprunghafter als Technologien, die bereits einen hohen Reifegrad erreicht haben, wobei das wirtschaftliche Potenzial neuer Technologien gegenüber solchen Schwankungen überwiegt.

Junge Branchen schwankungsanfälliger

Ein Problem sind gerade für junge Unternehmen mit dünner Kapitaldecke die Ballungskosten in und um München. Wenn zusätzliche Gewerbeflächen ausgewiesen würden, so machte dies Grundstücke tendenziell billiger, und die weiß-blaue Metropole würde als Standort noch attraktiver.

Gewerbeflächenmangel

Aktuelles Beispiel für die bayerische Technologiefreundlichkeit ist der Transrapid. Die bayerische Staatsregierung setzt sich massiv und auch mit der Bereitschaft zu hohem finanziellen Engagement dafür ein, dass die erste kommerziell betriebene deutsche Transrapid-Strecke den Münchner Hauptbahnhof mit dem Flughafen verbindet.

Transrapid

Die bayerische Staatsregierung betreibt erkennbar keine Nachtwächter-Politik, sondern setzt bewusst darauf, der Wirtschaft Impulse zu geben. Dabei sollte sie jedoch bestimmte Grenzen nicht überschreiten. Schließlich gilt es,

Grenzen der Staatstätigkeit

den Markt als in den meisten Fällen effizienten Koordinationsmechanismus nicht zu weit zurückzudrängen. Staatliche Hilfen bremsen den Strukturwandel und vernichten Wohlstand, wenn sie dafür eingesetzt werden, nicht mehr wettbewerbsfähige Strukturen zu erhalten. Als mahnendes Beispiel seien die Erhaltungssubventionen an das Stahlwerk »Maxhütte« genannt, die teuer und dennoch letztlich erfolglos waren. Auch bei der Förderung von Zukunftstechnologien gilt es, sich sehr genau zu überlegen, was des Staates und was des Marktes ist. Schwerpunkt der Bemühungen in Bayern ist – und sollte auch weiterhin sein –, öffentliche Infrastruktur einschließlich der Forschungsinfrastruktur in möglichst guter Qualität und möglichst nahe an Unternehmensstandorten bereitzustellen.

Agglomerationsvorteile
ausnutzen

Die bayerische Staatsregierung war und ist sich auch bewusst, dass es aussichtslos ist, im Sinne gleicher Lebensverhältnisse eine Technologie gleichmäßig über das Land zu verteilen. Sinnvollerweise strebt die Politik in Bayern stattdessen besonders entschlossen nach Agglomerationsvorteilen: In einem Cluster von möglichst vielen ineinander greifenden Forschungseinrichtungen und Unternehmen ist jede einzelne Institution wettbewerbsfähiger, sodass ein innovatives Klima entsteht. In der hohen Anzahl der Patentanmeldungen im Freistaat (8,44 Punkte für die Patentanmeldungen allgemein) äußert sich die Innovationsstärke der bayerischen Wirtschaft. Die seit mehreren Beobachtungszeiträumen mit Abstand meisten Patentanmeldungen im Hochtechnologiebereich (10,00 Punkte) zeigen die Spitzenstellung des Freistaates im High-Tech-Bereich und weisen auf den Erfolg der bayerischen Clusterstrategie hin.

Hochwertige Forschung

Auch die bayerische Hochschullandschaft profitiert davon, dass Forschung einen hohen Stellenwert hat und der Freistaat viel Wert auf Zukunftsinvestitionen legt. So sind die Ausgaben für Hochschulen im aktuellen Beobachtungszeitraum nach wie vor überdurchschnittlich hoch (8,27 Punkte). Die bisher gute Ressourcenausstattung scheint sich auszuzahlen. Die Hochschulen Baden-Württembergs und Bayerns erreichen die höchste Drittmittelquote unter allen Bundesländern. Dies mag als Beleg der hochwertigen Forschung in den beiden südlichen Bundesländern dienen. Auch das Centrum für Hochschulentwicklung sieht in seinem Ranking Bayerns Universitäten nach denen Baden-Württembergs auf dem zweiten Rang.

Studiengebühren in
Hochschulen investieren

Allerdings hat Bayern bei den Hochschulausgaben am aktuellen Rand seine Spitzenstellung eingebüßt, die es gemeinsam mit Baden-Württemberg einmal innehatte. Auch vor diesem Hintergrund sollten Studiengebühren, wenn sie erhoben werden, den Hochschulen in voller Höhe zusätzlich zur Verfügung stehen und nicht bloß Landesmittel ersetzen. So kann die Innovationsstärke des Freistaates weiter ausgebaut werden, und ein rascheres Studium wird möglich. Studenten bietet sich die Gelegenheit, die Studiengebühren durch ein höheres Lebens Einkommen zu kompensieren, und Bayern bleibt als Studienort attraktiv.

Während der Streit um Sinn oder Unsinn von Eliteuniversitäten, wie sie der Bundesregierung vorschweben, anhält, ist Bayern bereits einen Schritt weiter: Mit Elitestudiengängen in einem Elitenetzwerk werden Hochbegabte gezielt gefördert. Dadurch, dass Hochbegabte ihr Potenzial besser ausschöpfen können, steigt ihre Arbeitsproduktivität, ein höheres Produktionsoutput wird erreicht, und das Wohlstandsniveau steigt. Eliten, die in der Lage sind, sich als Pioniere in Neuland vorzutasten, stärken den Standort und machen ihn für High-Tech-Firmen noch attraktiver.

Bayerische
Elitestudiengänge

Von der besonderen Leistungsorientierung Bayerns profitieren Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Diese Leistungsorientierung beginnt im Schulsystem und setzt sich fort. Herausgehobene Leistungen werden nicht kritisch und neidisch beäugt, sondern Eliten werden bewusst gefördert, etwa im Elitenetzwerk. So entsteht ein Klima, in dem Leistung, Kreativität sowie Innovationen gedeihen können und das den Standort voranbringt.

Merkmal
Leistungsorientierung

Auch im Bemühen um eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur zeigt sich der Freistaat wirtschaftsfreundlich und ermöglicht eine besonders dynamische Entwicklung (3,83 Punkte für die nach Hessen und Hamburg am besten ausgebaute Verkehrsinfrastruktur). Bayern ist das einzige Bundesland, in dem in jüngerer Vergangenheit ein neuer Großflughafen gebaut wurde. Die Einweihung des Airports München II im Erdinger Moos erfolgte 1992. Inzwischen ist der Flughafen München nach Frankfurt und deutlich vor allen anderen der zweitgrößte der Bundesrepublik. Er zählt zu den am schnellsten wachsenden Großflughäfen. Der Münchner Flughafen verzeichnete 2004 das achtgrößte Passagieraufkommen in Europa, der Sprung auf Platz 7 oder Platz 6 gelingt möglicherweise noch in diesem oder im kommenden Jahr.

Flughafen München: ...

Für die Standortwahl global agierender Unternehmen wie General Electric, Cisco Systems und Microsoft war das dichte Netz an Flugverbindungen, welches die bayerische Landeshauptstadt mit der Welt verbindet, ausschlaggebend. Rund um den Flughafen siedelten sich viele Firmen an, und so zählt die Gegend zu den Boomregionen der Republik; in den Kreisen Erding und Freising herrscht seit geraumer Zeit fast Vollbeschäftigung.

... Pluspunkt im
Standortwettbewerb

Wirtschaftsfreundlichkeit äußert sich auch darin, dass die Staatsregierung sich fortwährend darum bemüht, Unternehmen für den Standort Bayern zu gewinnen. Dabei spielen niedrige bürokratische Hürden eine wesentliche Rolle. Die lediglich durchschnittliche und stagnierende Selbstständigengquote ohne primären Sektor (5,04 Punkte) sollte aber dazu ermuntern, gerade Existenzgründern und Mittelständlern entgegenzukommen und ihnen weitere bürokratische Steine aus dem Weg zu räumen.

Existenzgründungen
erleichtern

Eine langfristig angelegte Politik als weiteres bayerisches Charakteristikum gibt den Firmen Vertrauen, in den Standort Bayern zu investieren und mit ihm zu wachsen. Erwähnt seien hier nur die schon immer nachhaltige Finanzpolitik, die hohen Bildungsausgaben und die hohe Investitionsquote des Landes (3,52 Punkte für die höchste Investitionsquote eines westdeut-

Langfristorientierung
der Politik

schen Flächenlandes). Der Regierung mögen auf lange Sicht positiv wirkende, zunächst aber unpopuläre Schwerpunktsetzungen leichter fallen, wenn sie davon ausgehen kann, so oder so die nächste Wahl zu gewinnen und die Früchte ihrer Politik selbst ernten zu können.

Beschäftigung

Gute Arbeitsmarkt-performance Im Zielgrößenbereich »Beschäftigung« belegt Bayern mit 7,96 Punkten den 3. Rang. Dabei schneidet der Freistaat bei den Zielgrößen »Arbeitslosigkeit« und »Erwerbstätigkeit« gleichermaßen stark ab. Die Arbeitslosenquote (offen und verdeckt) ist im aktuellen Beobachtungszeitraum mit durchschnittlich 8,2 Prozent nach Baden-Württemberg die zweitniedrigste aller Länder. Allerdings entwickelte sich die Arbeitslosenquote zuletzt ungünstiger als in den meisten anderen Bundesländern. Die höchste Erwerbstätigenquote aller Flächenländer zeigt, dass Bayern relativ viele Beschäftigungsmöglichkeiten bietet und die Arbeitslosenquote deshalb höher als in Baden-Württemberg ausfällt, weil im Freistaat mehr Personen eine Beschäftigung suchen, beispielsweise Pendler aus den neuen Bundesländern.

Leistungsstarke Schüler Die individuellen Beschäftigungschancen hängen stark von den jeweiligen Fähigkeiten und Kenntnissen ab. Der Schulunterricht legt hierfür die Grundlagen. Verschiedene Untersuchungen belegen, dass Bayerns Schüler durchschnittlich ein besonders hohes Qualifikationsniveau erreichen. Die internationale Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU) zeigt, dass die Grundlagen für den Erfolg bayerischer Schüler früh gelegt werden. Bayern liegt bei IGLU knapp hinter Baden-Württemberg und weit vor den übrigen untersuchten Bundesländern auf dem 2. Platz. PISA bescheinigte Bayerns 15-jährigen Schülern bzw. Neuntklässlern verglichen mit Altersgenossen anderer Bundesländer die mit Abstand besten Leistungen, sowohl insgesamt als auch in fast allen geprüften Bereichen.

Anteil schwacher Schüler gering Nirgendwo erreichen so viele Schüler die höchste Kompetenzstufe wie in Bayern. Noch mehr hebt sich das Land dadurch positiv von den anderen Bundesländern ab, dass die Quote der Schüler, die lediglich die niedrigste Kompetenzstufe oder nicht einmal diese erreichen, besonders niedrig ist. Offenbar ermöglicht es das Schulsystem des Freistaates, gerade auf die Belange von Schülern mit Defiziten einzugehen. Dieser Erfolg ist gerade deshalb arbeitsmarktpolitisch bedeutsam, weil das Fehlen elementarer Schulkenntnisse von vielen Betrieben als zentrales Ausbildungshindernis genannt wird (9,29 Punkte für eine vergleichsweise gute bayerische Ausbildungsstellenrelation).

Niedrige Abiturientenquote ... Ein Manko ist allerdings die niedrige Abiturientenquote (1,52 Punkte). Bayern vermag es zwar offenbar, Schülern ein hohes Qualifikationsniveau zu vermitteln. Ohne formal hohen Schulabschluss jedoch ist eine akademische

Ausbildung – wenn überhaupt – nur auf Umwegen möglich. Damit ist es für viele im Anschluss an die Schullaufbahn schwerer als nötig, das eigene Humankapital weiter auszubauen und einen hochwertigen Abschluss zu erlangen. Dabei ist die Nachfrage der Wirtschaft nach Hochqualifizierten groß und wächst weiter an; Geringqualifizierte sind immer weniger gefragt und zudem einem besonderen Arbeitslosigkeitsrisiko ausgesetzt.

Eine höhere Abiturientenquote könnte sich daher in zweifacher Hinsicht auszahlen: Zum einen verbesserten sich für viele die Beschäftigungsmöglichkeiten, die Arbeitslosigkeit ginge zurück. Zum anderen fiel es Unternehmen leichter, gut ausgebildete Arbeitskräfte zu finden. Die bayerische Wirtschaft erhielte somit einen weiteren Wachstumsschub. Bisher gelingt es dem Freistaat, Personen mit hohem Potenzial aus anderen Bundesländern zu gewinnen (3,11 Punkte für eine Studienanfängerquote, die trotz der niedrigen Abiturientenquote im Mittelfeld der Länder liegt). Nachhaltiger wäre es jedoch, mehr Einheimischen den Weg zu einem formal hohen Bildungsabschluss zu ebnet. Nach den gezeigten Leistungen besäßen viele bayerische Schüler das Potenzial für einen höherwertigen Abschluss. Das Beispiel Baden-Württemberg zeigt, dass zwischen einem hohen schulischen Leistungsniveau und einem hohen Gymnasiastenanteil kein Widerspruch bestehen muss.

Festzuhalten bleibt, dass Bayern seinen Schülern deutschlandweit das höchste Qualifikationsniveau vermitteln kann. Die Veränderungen im Gefolge der PISA-Studie sind beispielhaft dafür, wie positiv Ländervergleiche sich auswirken können: Im Sinne eines Lernens von den Besten übernehmen immer mehr Länder Charakteristika des bayerischen Schulsystems, etwa einheitliche Leistungsvergleiche wie das Zentralabitur oder »Kopfnoten«. Da es in Deutschland kein Bundesland gibt, das bei Leistungsvergleichen so gut abschneidet, holt sich der Freistaat Anregungen konsequenterweise aus dem Ausland: So bemüht man sich in der Schulpolitik um einen regelmäßigen informellen Austausch mit Kanada, das bei PISA zu den besten Staaten zählte. Insbesondere Kanadas systematische Maßnahmen zur Sicherung der Unterrichtsqualität, die alljährliche Leistungskontrollen einschließen, erscheinen nachahmenswert.

Obwohl der Freistaat bei Vergleichsstudien gut abschneidet, erhitzen sich auch in Bayern die Gemüter an der Schulpolitik, beispielsweise an der Umstellung auf ein Abitur nach zwölf Schuljahren. Dabei erscheinen acht Jahre Gymnasium als probates Mittel, Grundproblemen zu begegnen. So ist die durchschnittliche Lebensarbeitszeit Deutscher angesichts der demographischen Entwicklungen zu kurz, und deutsche Akademiker beenden erst spät ihre Ausbildung, wodurch sie auf einem zusammenwachsenden europäischen Arbeitsmarkt im Nachteil sind. Wenn Bayern sich wie fast alle Bundesländer für eine achtjährige Gymnasialzeit entscheidet und dieses Ziel sehr rasch umsetzt, so ist dies nur konsequent. Darüber hinaus können Bay-

... trotz hohem
Leistungsniveau

Lernen von den Besten
in der Schulpolitik

Streitpunkt: acht Jahre
Gymnasium

ern zukünftig auch dadurch eher ins Berufsleben eintreten, dass Kinder nun etwas früher, je nach Geburtsdatum teilweise bereits mit fünf Jahren, eingeschult werden. Diese Maßnahme steht in Einklang mit Erfahrungen aus der PISA-Studie, der zufolge Länder besser abschneiden, in denen der Unterricht früher einsetzt.

Ziel: ausgeglichener
Haushalt ab 2006

Zu Kontroversen trägt bei, dass der Freistaat ab 2006 ohne Neuverschuldung auskommen möchte, sodass auch das Unterrichtsressort nicht aus dem Vollen schöpfen können wird. Man mag sicherlich darüber streiten, welche Politikbereiche mehr und welche weniger von Sparzwängen betroffen sein sollten. Unabhängig davon ist die Zielsetzung des Freistaates »Ausgeglichener Haushalt ab 2006« richtig. Die solide Finanzpolitik der Vergangenheit ist lobenswert, gerade auch das ca. 2,5 Mrd. Euro schwere Sparpaket, das nach der Landtagswahl 2003 geschnürt wurde. Bayern entwickelte sich auch deshalb so gut, weil der Freistaat sich mehr als andere Länder Spielraum für Zukunftsinvestitionen erarbeitete. Diesen Spielraum benötigt der Freistaat auch zukünftig, um seinen Bürgern noch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten Einkommens- und Beschäftigungsperspektiven erschließen zu können und weiterhin mit an der Spitze der Bundesländer zu stehen.

Finanzieller Handlungs-
spielraum bedroht

Dieser Spielraum ist selbst in Bayern, dem haushaltspolitischen Musterland, bedroht: Privatisierungserlöse werden nicht mehr im gleichen Umfang wie in den vergangenen Jahren Investitionsprogramme nähren können. Von vielem, was privatisierbar war, hat sich der Freistaat richtigerweise getrennt. Außer einem Verkauf von Eon-Anteilen sind für die kommenden Jahre keine bedeutenden Privatisierungserlöse mehr zu erwarten. Überdies rechnet das Finanzministerium des Landes damit, dass sich die Pensionsausgaben für Beamte von derzeit jährlich 2,9 Mrd. Euro auf 5,1 Mrd. Euro im Jahr 2015 erhöhen werden. Zusätzliche Zinslasten wegen eines höheren Schuldenberges sollten nicht auch noch hinzukommen (je 10,00 Punkte für niedrigsten Schuldenstand und niedrigste Zinslastquote aller Bundesländer).

Ziel: Generationen-
gerechtigkeit

Vorbildlich ist, dass die Staatsregierung im Sinne einer nachhaltigen Politik Gerechtigkeit immer auch als Generationengerechtigkeit definiert. Schließlich kann es doch kaum als sozial erscheinen, wenn ein Land heute Betroffenen entgegenkommen möchte und sich dem öffentlichen Druck beugt, dadurch aber über seine Verhältnisse lebt und sich deshalb morgen nicht mehr um Schwache kümmern kann. Dementsprechend möchte die bayerische Staatsregierung ihre Aufgaben auf das »strikt Notwendige und Unerlässliche« sowie staatliche Leistungen auf »eine Grundsicherung und Hilfe zur Selbsthilfe« beschränken. Diese Ankündigungen sollten umgesetzt werden. So sollte der Kurs beibehalten werden, die Staatsausgaben bis 2008 um mindestens 15 Prozent zu verringern.

Nachhaltige
Finanzpolitik als
Standortvorteil

Doch nicht erst zukünftige Generationen haben etwas von einem konsequenten Sparkurs, auch die gegenwärtige profitiert von einer nachhaltigen Finanzpolitik. Ein großer Standortvorteil Bayerns ist es, dass Investoren auch

für die Zukunft von einer handlungsfähigen Staatsregierung ausgehen können. Unternehmen werden sich eher in Ländern ansiedeln, deren Zukunftsaussichten gut sind und mit denen sie wachsen können. Je kräftiger somit das Signal einer nachhaltigen Haushaltspolitik an potenzielle Investoren ist, desto besser ist dies für den Standort Bayern, und ein kräftiges Signal ist: ab 2006 keine Schulden mehr!

Sicherheit

Der Zielgrößenbereich »Sicherheit« ist weiterhin die Domäne des Freistaates. Bayern erreicht hier weiterhin die Maximalpunktzahl 10,00: In jedem einzelnen Jahr des aktuellen Beobachtungszeitraumes liegt der Freistaat sowohl bei der sozialen als auch bei der inneren Sicherheit an der Spitze. Der Sozialhilfeempfängeranteil und die Zahl der nicht aufgeklärten Straftaten sind jeweils die geringsten aller Bundesländer. Im Aktivitätsbereich »Sicherheit« belegt Bayern mit 6,63 Punkten den 2. Rang.

Die sozialen Strukturen, welche neben der sozialen Mobilität legale Einkommensmöglichkeiten, Lebensperspektiven und Sicherheitslage beeinflussen, sind in Bayern sehr stabil. Dabei machen sich die typisch ländlichen Strukturmerkmale positiv bemerkbar: 8,52 Punkte beim Wirkungsfaktor »Natürliche Bevölkerungsentwicklung«, 7,62 Punkte für vergleichsweise wenige Ehescheidungen sowie 9,39 Punkte für einen geringen Anteil Alleinerziehender sprechen für insgesamt vergleichsweise intakte familiäre Strukturen. In einem solchen stabilen Umfeld ist es eher möglich, ein Wertesystem zu vermitteln; auch Persönlichkeitsbildung kann eher erfolgen. Die bayerische Staatsregierung erkennt die Bedeutung von Familien und hat sich eine familienfreundliche Politik auf ihre Fahnen geschrieben. So werden Familien unter anderem mit dem Landeserziehungsgeld unterstützt.

Auch an den Schulen genießt die Wertevermittlung einen hohen Stellenwert. In Großstädten, wo problematische Milieus vermehrt auftreten, lebt nur ein vergleichsweise kleiner Teil der bayerischen Bevölkerung (8,99 Punkte). Der Anteil der Beschäftigten im Agrarsektor erreicht unter den westdeutschen Bundesländern hingegen einen Spitzenwert (6,11 Punkte). Mit Blick auf die Sozialstruktur erscheint es nachvollziehbar, dass die bayerische Staatsregierung den ländlichen Raum stärken möchte.

Gute Grundvoraussetzungen für soziale Mobilität verstärken den positiven Gesamteindruck: Das nach Hessen zweithöchste Bruttoinlandsprodukt pro Kopf eines Flächenlandes (5,31 Punkte) wirft ein positives Licht auf die legalen Einkommensperspektiven, und die relativ hohe Teilzeitquote (8,52 Punkte) spricht für flexible Beschäftigungsmöglichkeiten.

Überdies erscheint die Erschließung illegaler Einkommensquellen im Freistaat wenig verlockend: Wer eine Straftat begeht, wird in der Regel er-

Unangefochten Spitze

Stabile soziale
Strukturen ...

... und gute
Möglichkeiten
sozialer Teilhabe

Polizei und Justiz
effizient

wischt und schnell abgeurteilt: Die Aufklärungsquote war in Bayern in jedem Jahr seit der Wiedervereinigung viel höher als in jedem anderen Bundesland und lag 2003 bei 64,7 Prozent. Die durchschnittliche Verfahrensdauer der Strafgerichtsbarkeit war jeweils mit Abstand die kürzeste (10,00 Punkte). Unter anderem die nach dem Saarland höchste Polizeidichte aller westdeutschen Flächenländer scheint sich hier auszuzahlen. Außerdem bietet das bayerische Polizeirecht vergleichsweise umfangreiche Möglichkeiten der Verbrechensbekämpfung.

Einschätzung

- Erfolgsfaktoren: solide Finanzpolitik, ... Viele Faktoren führen dazu, dass Bayern im Standortwettbewerb der Bundesländer besonders erfolgreich ist. Neben harten ökonomischen Fakten spielen auch schwer messbare atmosphärische Charakteristika eine Rolle. Bayern und Sachsen sind die beiden Bundesländer, die eine besonders solide Finanzpolitik betreiben. Diese bestärkt Unternehmen darin, dass der Standort Bayern eine Zukunft hat und dass es sich lohnt, hier zu investieren. Die sparsame Haushaltsführung ist auch Ausdruck einer langfristig angelegten Politik. Ein weiter politischer Zeithorizont mag einer Regierungspartei leichter fallen, die davon ausgehen kann, auch ohne besonders viele Zugeständnisse an Interessengruppen an der Macht zu bleiben und noch selbst die Früchte nachhaltiger Politik ernten zu können.
- ... hohe Investitionsausgaben ... Die langfristige Orientierung bayerischer Politik äußert sich auch in der hohen Investitionsquote. Den Spielraum hierfür eröffnen Sparsamkeit in der Vergangenheit sowie Privatisierungserlöse. Investitionen der Staatsregierung fließen unter anderem in die Verkehrsinfrastruktur, wodurch sich die Standortbedingungen verbessern.
- ... und Clusterbildung Hohe Investitionsausgaben verbinden sich mit einer allgemeinen Technologiefreundlichkeit und den seit jeher kultivierten Netzwerken zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zur Clusterstrategie. Schon früh erkannte Bayern die Vorteile einer Vernetzung von möglichst vielen Forschungseinrichtungen und Unternehmen. Noch immer bemüht sich der Freistaat mit besonderer Entschlossenheit um Clusterbildung. Positiv macht sich überdies bemerkbar, dass Leistungsorientierung und Elitenförderung in Bayern einen hohen Stellenwert genießen.
- Erfolgsmodell? – in den Grenzen der föderalen Ordnung Sicherlich ist auch die Politik des Freistaates nicht perfekt. Abgesehen von wünschenswerten Anschubhilfen für Wirtschaftscluster mag der Freistaat aus ordnungspolitischer Sicht hier und da auch an Stellen in das Wirtschaftsgeschehen intervenieren, an denen er dies in einer Marktwirtschaft besser unterließe. Nichtsdestotrotz schöpft Bayern das landespolitische Potenzial, mit dem auf den Erfolg eines Bundeslandes hingearbeitet werden kann, alles in allem weitgehend aus. So hat es Bayern auch bis in die Spitze der Bundes-

länder geschafft. Vom negativen bundesdeutschen Entwicklungstrend kann sich allerdings auch der Freistaat nur begrenzt freimachen. Auch in Bayern liegen die Wachstumsraten schon seit Jahren unter denen der EU oder der OECD, und auch in Bayern stieg die Arbeitslosigkeit zuletzt an. Dies zeigt, dass Bundesländern entscheidende wirtschaftspolitische Handlungsparameter fehlen. Eine entschlossene Föderalismusreform, die Ländern mehr Entscheidungsfreiräume gewährt, ist erforderlich, damit der Freistaat und andere Bundesländer nicht nur nationale, sondern auch internationale Spitzenklasse erreichen können. Bis dahin gilt: Bayern – mit wenigen Abstrichen ein Erfolgsmodell in den Grenzen, die der bundesdeutsche Föderalismus zulässt.

